



Bei den Kommunalwahlen am 13. September 2020 werden die politischen Weichen in den Gemeinden, Städten und Kreisen des Landes Nordrhein-Westfalen - und damit auch im Kreis Höxter - neu gestellt. Das nordrhein-westfälische Handwerk hat dazu bereits im November 2019 seine grundsätzlichen Erwartungen ausführlich dargelegt und konkretisiert.

Wir als Kreishandwerkerschaft Höxter-Warburg sind die Stimme des Handwerks im Kreis Höxter und vertreten die Gesamtinteressen des Handwerks gegenüber der öffentlichen Verwaltung, der Politik, aber auch in der gesamten Öffentlichkeit und innerhalb der Wirtschaft im Kreis Höxter.

Aus diesem Grund haben wir im Vorfeld der Kommunalwahlen die Positionen zu diesen Themenkreisen in Form von acht Themenbereichen erfragt und alle Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt des Landrats und das Amt der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters mit Bitte um Stellungnahme angeschrieben. Die Rückäußerungen möchten wir Ihnen an dieser Stelle nicht vorenthalten, wenn gleich sich leider nicht alle zurück gemeldet haben.

Gemeinsam aus der Corona-Krise!

- 1** Die ohnehin **angespannte Finanzlage** vieler Kommunen hat sich durch die Corona-Krise verschärft. Richtig ist, dass die Kommunen bei den vom Bund verursachten Soziallasten mehr Unterstützung bekommen. Wir brauchen darüber hinaus eine **strukturelle und dauerhafte Sanierung der Kommunalfinanzen**, die solide und vorausschauende Haushaltspolitik belohnt und die hohe Abhängigkeit der Kommunen von konjunkturell schwankenden Gewerbesteuererträgen verringert.
- 2** Auch viele kommunale Unternehmen sind durch die Corona-Krise unter Druck geraten. Im Handwerk verfolgen wir die zunehmende **wirtschaftliche Betätigung der Kommunen** ohnehin mit großer Sorge. Wir sehen uns durch die jüngsten Entwicklungen darin bestätigt, dass die Kommunen sich nicht durch bloße Gewinnerzielungsabsichten in riskante unternehmerische Aktivitäten treiben lassen sollten. Ihre wirtschaftliche Betätigung muss sich strikt auf die **Erfüllung solcher öffentlichen Aufgaben** konzentrieren, für die keine privaten Anbieter bereitstehen. In der jetzigen Situation darf es erst recht nicht dazu kommen, dass die Kommunen ihre wirtschaftliche Betätigung auf Kosten des Handwerks und anderer Wirtschaftssektoren ausdehnen, um ihre Haushaltsprobleme zu lösen.
- 3** Als Antwort auf die Folgen der Corona-Pandemie müssen die Kommunen ihre besondere **Verantwortung für die regionale Wirtschaft** stärker wahrnehmen. Zusätzliche kommunale Belastungen aller Art durch Bürokratie, Gebühren oder Abgaben müssen unterbunden werden, damit sich die finanziell angespannte Lage der Betriebe nicht weiter verschärft. Insbesondere müssen **steigende Hebesätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer vermieden werden**.
- 4** In der Corona-Pandemie wurde deutlich, wie wichtig eine **funktionierende und leistungsfähige Verwaltung ist – insbesondere bei Planungs- und Genehmigungsverfahren aller Art**. Die Kommunen müssen massiv in **E-Government investieren**, um möglichst viele Verwaltungsdienstleistungen auch in digitaler Form anzubieten, persönliches Erscheinen der Bürgerinnen und Bürgern zur Antragstellung möglichst zu erübrigen und Bearbeitungszeiträume deutlich zu verkürzen. Auch für eine mögliche zweite Welle der Corona-Pandemie müssen die Verwaltungen gewappnet sein, um mit Hilfe von **digitalisierten Arbeitsprozessen** ihre vollumfängliche Arbeitsfähigkeit sicherstellen zu können.
- 5** Die **Digitalisierung aller Schulformen** muss massiv ausgebaut werden. Bund und Land stellen hierzu richtigerweise viele Mittel bereit. Diese sollten von den kommunalen Schulträgern konsequent abgerufen und in den **Ausbau von Infrastruktur für neue Lernformate** investiert werden.



- 6** **Kommunale Investitionen** können ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Konjunktur und zur langfristigen Verbesserung der wirtschaftlichen Standortbedingungen sein. Wir appellieren an die Kommunen, mit Hilfe der von Bund und Land geschaffenen Fördermöglichkeiten, ihre **Investitionstätigkeit möglichst hoch zu halten**. Auch die vom Land ermöglichten Vereinfachungen des Vergaberechts können kurzfristig Konjunkturimpulse für die lokale Wirtschaft setzen und bürokratische Kosten reduzieren. Wir appellieren an die Kommunen, diese neuen Freiräume mittelstandsfriendly zu nutzen.
- 7** Beschleunigt durch die Corona-Pandemie, vollziehen sich derzeit **gravierende Strukturveränderungen in den Innenstädten und Stadtteilzentren** – vordergründig im Einzelhandel, auf lange Sicht auch in anderen Dienstleistungssektoren, in denen der Trend zum Home Office die Arbeitskultur verändern wird. Die Kommunen müssen sich mit den daraus resultierenden Fragen zu Gewerbestandorten, Immobilienmarkt, Wohnungsmarkt und Mobilität frühzeitig und grundlegend befassen und im Dialog mit dem Handwerk und anderen Akteuren **städtebauliche Perspektiven für die Innenstadt- und Quartiersentwicklungen** aufzeigen und entwickeln. Dazu gehört, dass für das Handwerk **geeignete Gewerbeflächen** verfügbar sind und dass die Belange des Handwerks in Konzepten für **zukünftige Mobilität** berücksichtigt werden.
- 8** Die konjunkturellen Impulse von Bund und Land zur Überwindung der Corona-Krise eröffnen den Kommunen viele Möglichkeiten, durch die **Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur** und über **Initiativen zur Gebäudesanierung** Klimaschutzpolitik zu betreiben. Auch die auf den Weg gebrachten strukturpolitischen Unterstützungen der vom Kohleausstieg betroffenen Regionen in Nordrhein-Westfalen sollten diese Aspekte unterstützen. Das **Handwerk steht als Partner für kommunale Nachhaltigkeitspolitik** bereit, um alternative, ressourcenschonende Formen der Mobilität zu verbreiten und Gebäudesanierung umzusetzen. **Kommunale Mobilitäts- und Klimaschutzkonzepte** sollten daher nur in enger Abstimmung mit dem Handwerk entwickelt und umgesetzt werden.

1 **Wichtiger Hinweis:**
Unser Dokument ist „interaktiv“. Klicken Sie einfach auf die Nummer der Frage bei den entsprechenden Personen. Die Frage öffnet sich dann in einem separaten Fenster!

Eine Information Ihrer:



Kreishandwerkerschaft
Höxter-Warburg
VERSTEHEN | BÜNDELN | HANDELN

Industriestraße 34
33034 Brakel
Tel.: 05272 3700-0
Fax: 05272 3004993
info@kh-hx.de
www.kh-hx.de

DAS HANDBWERK
DIE WIRTSCHAFTSMACHT. VON NEBENAN.



Michael Stickeln (CDU)	Helmut Lensdorf (SPD)
<p>Da von den Kommunen und der öffentlichen Hand insgesamt ein antizyklisches Verhalten erwartet werden muss, d.h. in einer konjunkturellen Krise oder Schwächezeit zu investieren, müssen die Kommunen selbst in ihrer Finanzierungsstruktur von solchen Entwicklungen unabhängiger werden.</p> <p>Eine grundsätzlich vorausschauende und generationengerechte Finanzpolitik ermöglicht dies jedoch, wie unsere Situation in Warburg zeigt, auch in der derzeitigen Corona-Pandemie. Wichtig ist, dass die Kommunen in Krisenzeiten verlässlicher Partner und Auftraggeber für das lokale und regionale Handwerk bleiben.</p>	<p>Ich setze mich ebenfalls für eine langfristige und nachhaltige Stabilisierung der Kommunalfinanzen ein. Wer aber möchte, dass sie die Kommunen intensiv für Ihr Handwerk einsetzt, darf nicht die Abschaffung der Gewerbesteuer fordern, denn dann gäbe es auch keinen finanziellen Anreiz der Kommunen.</p>
<p>Die Kommunen sollten ihre wirtschaftliche Betätigung auf die Bereiche der Daseinsvorsorge konzentrieren, um grundsätzlich nicht in Konkurrenz zum Handwerk oder anderen Wirtschaftssektoren zu stehen.</p> <p>Sie sollten sich vielmehr als Partner dieser Bereiche verstehen und sich grundsätzlich der Angebote der örtlichen und regionalen Anbieter bei ihrer Aufgabenerfüllung bedienen.</p>	<p>Die unternehmerische Tätigkeit der Kommunen ist eindeutig gesetzlich geregelt und spielt im Kreis Höxter keine große Rolle. Dort, wo die Kommunen an Unternehmen beteiligt sind, sollten sie sich um lokale Auftragsvergaben bemühen. Kommunale Beteiligungen an Unternehmen wie die Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH sollten hingegen überprüft werden.</p>
<p>Im Rahmen einer verantwortungsvollen Finanzpolitik und im Kontext der besonderen Herausforderungen der Corona-Pandemie und deren Folgen sollten zur Stärkung der lokalen und regionalen Unternehmen steigende Hebesätze, insbesondere im Bereich der Gewerbesteuer, vermieden werden. Stattdessen ist es zielführender und nachhaltiger, neben den bereits zugesagten Unterstützungsleistungen von Bund und Land zur Kostenreduzierung z.B. weiteres Konsolidierungspotential durch die Digitalisierung zu nutzen.</p>	<p>Wir brauchen nicht mehr Bürokratie und die bestehenden Regelungen müssen einfacher behandelt werden. Ich bin für eine stärkere Digitalisierung von Verwaltungsabläufen. Die Daten müssen laufen und nicht die Bürger.</p>
<p>Die Digitalisierung bringt für die Kommunen, aber auch für viele andere Bereiche, große Vorteile mit sich.</p> <p>Strukturen können optimiert, Einsparpotentiale erschlossen und Kommunikations- wie Entscheidungswege verkürzt werden.</p> <p>Die Kommunen des Kreises Höxter haben mit dem Kreis Höxter dieses Potential bereits deutlich erkannt und gehen mit der kreisweiten Digitalisierungsstrategie gemeinsame Wege, um möglichst effizient Synergien zu heben. Diese Synergien kommen dann sowohl den Bürger*innen, als auch der örtlichen und regionalen Wirtschaft, wie dem Handwerk, zugute.</p>	<p>Auch die Kommunen müssen sich Gedanken machen, welche Abläufe digital gestaltet werden können und wie die Arbeit auch im Homeoffice erledigt werden kann. Das darf aber nicht dazu führen, dass die konkreten Ansprechpartner nicht mehr zu sprechen sind.</p>

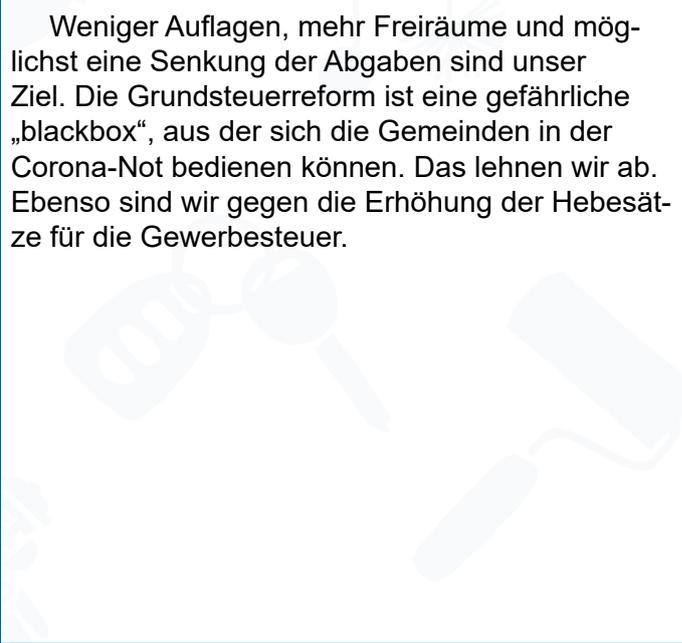
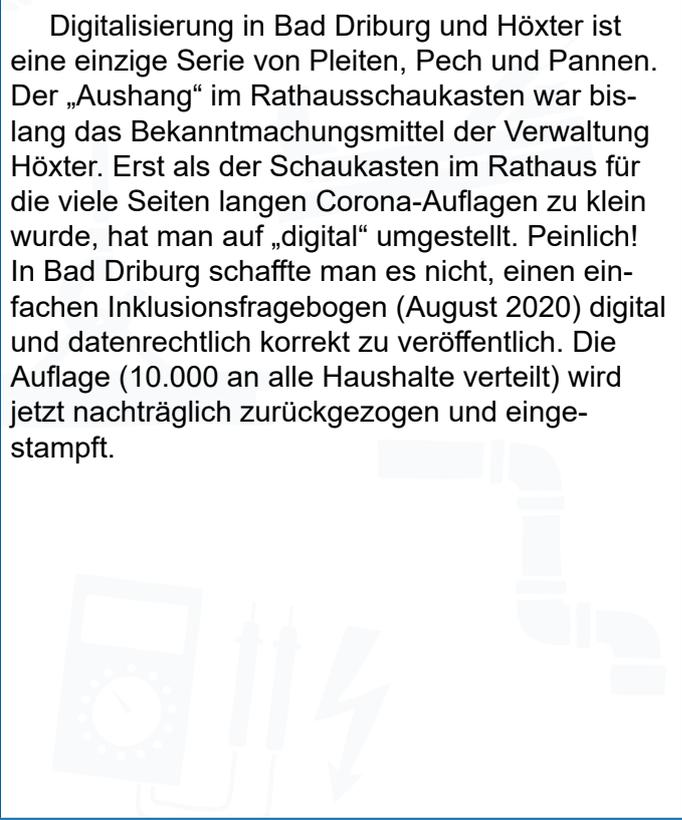


Michael Stickeln (CDU)	Helmut Lensdorf (SPD)
<p>Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig eine optimale Ausstattung unserer Schulen mit modernster Kommunikationsstruktur ist. Die Corona-Pandemie hat aber auch gezeigt, wie zügig man in diesem Bereich grundsätzlich handlungsfähig ist. Diese Dynamik muss u.a. im Bereich unserer Schulen dauerhaft gegeben sein. Wir brauchen eine exzellente Schullandschaft, auch und insbesondere was die digitale Ausstattung und entsprechend zeitgemäße, innovative Lehr- und Lernformate angeht.</p>	<p>Ich werde mich dafür einsetzen, dass jede Schule im Kreis einen Glasfaseranschluss bekommt und die Ausstattung mit digitalen Endgeräten für alle SchülerInnen sichergestellt wird.</p>
<p>Im Sinne einer unverändert wirtschaftsfreundlichen Kommunalpolitik ist für mich neben dem ständigen Dialog und Austausch mit dem örtlichen und regionalen Handwerk sowie den übrigen Wirtschaftssektoren auch die Nutzung sämtlicher Förderprogramme für nachhaltige Investitionsvorhaben selbstverständlich. Dies auch im Sinne der örtlichen und regionalen Anbieter unter Ausschöpfung aller möglichen Erleichterungen des Vergaberechts, um die Aufträge in der Region zu platzieren.</p>	<p>Dort wo Vereinfachungen zu schnelleren und besseren Entscheidungen führen bin ich dabei. Schließlich führt das dann ja auch zu einer schnelleren Umsetzung Im Interesse der Menschen. Mein Ansatz „Das Neue machen im Kreis Höxter“ beinhaltet mutige Investitionen – eben auch in der Intention dieser Frage.</p>
<p>Gewerbe- und Wohnbauflächenentwicklung sowie in diesem Kontext Fragen der verkehrlichen Erschließung gehören ebenso wie nachhaltige, zukunftsfähige und innovative Mobilitätskonzepte zu den wichtigsten Aufgabenfeldern der Kommunalpolitik. Die Innenverdichtung und Brachflächenentwicklung birgt insbesondere in den dörflichen Lagen noch erhebliches Entwicklungspotential, wodurch die Ortskerne nachhaltig gestärkt und aufgewertet werden können. Die Belange des Handwerks sollten dabei nicht nur berücksichtigt, sondern aktiv mit eingebunden werden, wenn es z.B. um Fragen innovativer Sanierungskonzepte o.ä. geht.</p>	<p>Wir werden ja sofort nach der Kommunalwahl über den neuen Regionalplan entscheiden. Da habe ich mich schon sachkundig gemacht und werde für die Bereitstellung entsprechender Flächen kämpfen.</p>
<p>Kommunale Mobilitäts- und Klimaschutzkonzepte können zwar am sog. „Grünen Tisch“ gedacht, nicht aber dort umgesetzt werden. Aus diesem Grunde ist es nicht nur sinnvoll, sondern geradezu unerlässlich, diese in Abstimmung mit bzw. unter Beteiligung der örtlichen bzw. regionalen, relevanten Akteure, wie dem Handwerk, abzustimmen und zu entwickeln. Politik wird sich immer auch an der Umsetzung und nicht lediglich an der Erstellung von Konzepten messen lassen (müssen).</p>	<p>Der Klimaschutz ist mir schon lange eine Herzensangelegenheit. Um erfolgreich zu sein, brauchen wir das Miteinander von Umwelt, Investoren, Kommunen, Landwirtschaft, Gewerbe und BürgerInnen. Dafür werde ich mich einsetzen.</p>



Burkhard Deppe (CDU)	Peter Eichenseher (AfD)
<p>Die ohnehin angespannte Finanzlage vieler Kommunen hat sich durch die Corona-Krise verschärft. Richtig ist, dass die Kommunen bei den vom Bund verursachten Soziallasten mehr Unterstützung bekommen. Wir brauchen darüber hinaus eine strukturelle und dauerhafte Sanierung der Kommunalfinanzen, die solide und vorausschauende Haushaltspolitik belohnt und die hohe Abhängigkeit der Kommunen von konjunkturell schwankenden Gewerbesteuererträgen verringert.</p> <p>Die jährlich an den Kreis zu zahlende Kreisumlage wird in erster Linie von stetig steigenden Soziallasten beeinflusst.</p> <p>Der Rat der Stadt Bad Driburg hat auf die Konsolidierung der städtischen Finanzen bereits in den letzten Jahren ein besonderes Augenmerk gelegt. Daran werden wir, auch trotz der jetzigen Krise, weiterarbeiten. Unerlässlich ist aber eine bedarfsgerechte Finanzausstattung von Land und Bund. Die Stabilisierung der kommunalen Finanzen, der Erhalt der Handlungsfähigkeit durch Vermeidung der Haushaltssicherung war, ist und bleibt eines unserer Hauptziele.</p>	<p>Jede Krise macht die Schwächen und Defizite in den Verwaltungsstrukturen schonungslos deutlich. Mit dem Willen, diese endlich anzugehen und zu verbessern, könnten die Kommunen gestärkt aus der Krise hervorgehen. Was wir in den letzten 6 Monaten an „Corona-Politik“ im Kreis Höxter erleben mussten, lässt uns allerdings zweifeln: bei den heute Verantwortlichen ist weder Wille noch Strategie dafür erkennbar. Schlanke und ressourcenschonende Verwaltungsstrukturen sind die wichtigste Voraussetzung. Wir sind deshalb gegen die Aufblähung des Personalhaushalts. Beispiele: In Bad Driburg die neue Stelle eines Beigeordneten! In Höxter: Klimaschutzbeauftragter. Beides ist überflüssig. Wir wollen neue strukturelle Defizite verhindern. Beispiel: Kurparkfinanzierung.</p>
<p>Auch viele kommunale Unternehmen sind durch die Corona-Krise unter Druck geraten. Im Handwerk verfolgen wir die zunehmende wirtschaftliche Betätigung der Kommunen ohnehin mit großer Sorge. Wir sehen uns durch die jüngsten Entwicklungen darin bestätigt, dass die Kommunen sich nicht durch bloße Gewinnerzielungsabsichten in riskante unternehmerische Aktivitäten treiben lassen sollten. Ihre wirtschaftliche Betätigung muss sich strikt auf die Erfüllung solcher öffentlichen Aufgaben konzentrieren, für die keine privaten Anbieter bereitstehen. In der jetzigen Situation darf es erst recht nicht dazu kommen, dass die Kommunen ihre wirtschaftliche Betätigung auf Kosten des Handwerks und anderer Wirtschaftssektoren ausdehnen, um ihre Haushaltsprobleme zu lösen.</p> <p>Eigene handwerkliche Betätigungen oder Ausdehnungen darauf sind kein Thema für uns. Aufträge werden im Sinne der Wirtschaftlichkeit gemessen am Preis-Leistungs-Verhältnis an heimische Unternehmen vergeben, die Zahlungen an Unternehmen gehen jährlich in die Hunderttausende. ...</p>	<p>Unternehmerische Betätigung können Handwerk und Unternehmen besser. Die Kommunen versuchen es trotzdem immer wieder. Beispiel: Fünf Geschäftsführer und eine geschönte Anfangsbilanz der BESTE-Stadtwerke sind ein beschämendes Zeichen für die Unvernunft der Kommunalpolitiker. Wir wollen deshalb das „BESTE-Millionengrab“ abwickeln und auflösen. Skandalös ist aus unserer Sicht, dass diese Haushaltsrisiken im GPA-Prüfbericht mit keiner Zeile erwähnt werden.</p> <p>Die Veräußerung kommunaler Netze sehen wir kritisch.</p>



Burkhard Deppe (CDU)	Peter Eichenseher (AfD)
<p>... Ausnahmen sind Bauhof und Forst (gärtnerische und forstliche Arbeiten sind Gewerbe, aber kein Handwerk), Stadtwerke und Klärwerk. Diese Betätigungen unterliegen wiederum Prüfungen und Rechenschaft, erfüllen soziale Zwecke, etwa durch vielfältige Integration, und arbeiten im Sinne der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge.</p>	
<p>Als Antwort auf die Folgen der Corona-Pandemie müssen die Kommunen ihre besondere Verantwortung für die regionale Wirtschaft stärker wahrnehmen. Zusätzliche kommunale Belastungen aller Art durch Bürokratie, Gebühren oder Abgaben müssen unterbunden werden, damit sich die finanziell angespannte Lage der Betriebe nicht weiter verschärft. Insbesondere müssen steigende Hebesätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer vermieden werden.</p> <p>Natürlich sind wir daran interessiert, unsere regionale Wirtschaft für unsere Projekte zu gewinnen. Dieses geht das nicht zu jedem Preis, sind wir doch auch unseren Steuerzahlern verpflichtet. Eine Erhöhung der Realsteuerhebesätze ist derzeit nicht geplant, kann aber im Hinblick auf die finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise nicht gänzlich ausgeschlossen werden.</p>	<p>Weniger Auflagen, mehr Freiräume und möglichst eine Senkung der Abgaben sind unser Ziel. Die Grundsteuerreform ist eine gefährliche „blackbox“, aus der sich die Gemeinden in der Corona-Not bedienen können. Das lehnen wir ab. Ebenso sind wir gegen die Erhöhung der Hebesätze für die Gewerbesteuer.</p> 
<p>In der Corona-Pandemie wurde deutlich, wie wichtig eine funktionierende und leistungsfähige Verwaltung ist – insbesondere bei Planungs- und Genehmigungsverfahren aller Art. Die Kommunen müssen massiv in E-Gouvernement investieren, um möglichst viele Verwaltungsdienstleistungen auch in digitaler Form anzubieten, persönliches Erscheinen der Bürgerinnen und Bürgern zur Antragstellung möglichst zu erübrigen und Bearbeitungszeiträume deutlich zu verkürzen. Auch für eine mögliche zweite Welle der Corona-Pandemie müssen die Verwaltungen gewappnet sein, um mit Hilfe von digitalisierten Arbeitsprozessen ihre vollumfängliche Arbeitsfähigkeit sicherstellen zu können.</p> <p>Gemeinsam mit den übrigen Städten gilt es, sich weiter für den Breitbandausbau in unserer Stadt stark zu machen. Das ist ein laufender Prozess. Ich führe auch Gespräche mit privatwirtschaftlichen Anbietern zum weiteren Ausbau der Glasfaser-Infrastruktur. Dies ist wichtiger Standortfaktor für die Unternehmen und den Wohnwert in unserer Stadt. ...</p>	<p>Digitalisierung in Bad Driburg und Höxter ist eine einzige Serie von Pleiten, Pech und Pannen. Der „Aushang“ im Rathausschaukasten war bislang das Bekanntmachungsmittel der Verwaltung Höxter. Erst als der Schaukasten im Rathaus für die viele Seiten langen Corona-Auflagen zu klein wurde, hat man auf „digital“ umgestellt. Peinlich! In Bad Driburg schaffte man es nicht, einen einfachen Inklusionsfragebogen (August 2020) digital und datenrechtlich korrekt zu veröffentlichen. Die Auflage (10.000 an alle Haushalte verteilt) wird jetzt nachträglich zurückgezogen und eingestampft.</p> 

Bewerber für das Amt der Bürgermeisterin/Bürgermeister in Bad Driburg



Burkhard Deppe (CDU)	Peter Eichenseher (AfD)
<p>... Wir werden auch das digitale Angebot der Stadt insgesamt ausweiten und geeignete Verwaltungsdienstleistungen in Zukunft vollständig online anbieten. Darüber hinaus werden wir multimediale Angebote, wie z.B. virtuelle Sprechstunden per Videochat etc., gewinnbringend nutzen können. Erste Angebote wie z.B. die Videosprechstunde des Ansprechpartners für Menschen mit Handicaps sind hier bereits sehr erfolgreich. Gleichzeitig werden wir die grundsätzliche Möglichkeit des mobilen Arbeitens weiter optimieren.</p>	
<p>Die Digitalisierung aller Schulformen muss massiv ausgebaut werden. Bund und Land stellen hierzu richtigerweise viele Mittel bereit. Diese sollten von den kommunalen Schulträgern konsequent abgerufen und in den Ausbau von Infrastruktur für neue Lernformate investiert werden. Die Digitalisierung in den Schulen müssen wir weiter vorantreiben. Aktuell wird eine große Anzahl von Schüler-Tablets über ein entsprechendes Förderprogramm des Landes beschafft. Auch das Förderprogramm „Digitalpakt Schule“ hilft uns die notwendige Infrastruktur in der Schule weiter auszubauen. Derzeit ist z.B. der Aufbau eines eigenständigen, stadtweiten Glasfasernetzes zum Anschluss der Schulen an unser Rathaus in Planung. Darüber hinaus erweitern wir derzeit unsere WLAN-Netze in allen Schulstandorten und statten weitere Klassenräume mit interaktiven Tafelsystemen aus.</p>	<p>Höxter und Bad Driburg brauchen eine umfassende Digitalisierungs-Strategie als Querschnittsaufgabe. Dazu gehört nicht nur der Netzausbau mit einem Glasfasernetz, sondern auch ein breit angelegtes Programm für den Wissenstransfer und die Entwicklung von „Knowhow“ in allen Bereichen. Hier gibt es viel zu tun. Für die Schulen ist die Digitalisierung wichtig. Sie ist aber kein Allheilmittel. Denn Motivation und Leistungsbereitschaft schafft man nicht durch Digitalequipment, sondern durch Präsenzunterricht und die leistungsfördernde Gruppe. Das gilt auch für die Lehre und die Berufsausbildung!</p>
<p>Kommunale Investitionen können ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Konjunktur und zur langfristigen Verbesserung der wirtschaftlichen Standortbedingungen sein. Wir appellieren an die Kommunen, mit Hilfe der von Bund und Land geschaffenen Fördermöglichkeiten, ihre Investitionstätigkeit möglichst hoch zu halten. Auch die vom Land ermöglichten Vereinfachungen des Vergaberechts können kurzfristig Konjunkturimpulse für die lokale Wirtschaft setzen und bürokratische Kosten reduzieren. Wir appellieren an die Kommunen, diese neuen Freiräume mittelstandsfreundlich zu nutzen. In Bad Driburg werden derzeit zahlreiche Fördermaßnahmen realisiert: u.a. der Aktiv- und Gesundheitspark auf dem Areal Eggelandklinik, die Entwicklung der Katzohlbachau, Dorfplätze in 5 Dörfern und zahlreiche Hochbaumaßnahmen an den Schulen oder Kitas. ...</p>	<p>Der seit 5 Jahrzehnten von den Altparteien geforderte „Bürokratieabbau“ hat bewirkt, dass neue Stellen, neue Beauftragte, zusätzliche Ressorts für den Bürokratieabbau geschaffen wurden. Hier gilt es endlich, einen härteren Schnitt zu machen. Die Städte sollten die Vereinfachung des Vergaberechts nutzen, um Aufträge schneller, einfacher und mittelstandsfreundlicher zu vergeben.</p>

Bewerber für das Amt der Bürgermeisterin/Bürgermeister in Bad Driburg



Burkhard Deppe (CDU)	Peter Eichenseher (AfD)
<p>... Demnächst wird auch die Moorerlebniswelt und in 2021 der Umbau des Altbaus der Egge-landklinik beantragt werden. All diese Maßnahmen erzeugen Aufträge in der Bauwirtschaft im zweistelligen Millionenbereich. Daneben erfolgen weitere Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Die Erleichterungen des Vergaberechts führt hier zur beschleunigten Abarbeitung der Projekte auch innerhalb der Verwaltung.</p>	
<p>Das Einzelhandelskonzept der Stadt Bad Driburg wird ab September fortgeschrieben werden und dann eine aktuelle Grundlage auch innerhalb der Bauleitplanung darstellen. Daneben nutzen wir als Stadt den Aufruf „Sofortprogramm zur Stärkung der Innenstädte NRW“ - damit wollen wir das Zentrenmanagement der Innenstadt verbessern und einen guten Dialog mit den Innenstadt-Akteuren angehen. Es stellt sich die Frage, was in Zukunft die Innenstadt ausmachen wird – neben dem Trend zum Onlineshopping, der sich nicht umkehren lässt. Gewerbeflächen- und Wohnbaulandflächen werden in Bad Driburg seit vielen Jahren mit Augenmaß entwickelt, um Überhänge zu vermeiden. Wir wollen in Kürze auch ein Radverkehrskonzept für die Stadt erarbeiten lassen, da das E-Bike neue Perspektiven der Raumüberwindung bietet – im Alltag wie in der Freizeit.</p>	<p>Leerstand ist der größte Gefahr und das größte Investitionshemmnis in Klein- und Mittelstädten. Alle Versuche den Leerstand zu beenden, haben bei der Fehlplanung und „Bausünde Hellweg“ nicht zum Ziel geführt. Bad Driburg muss im Hellwegzentrum endlich Konsequenzen ziehen und die Strategie ändern: Überkapazitäten an Einzelhandelsflächen wollen wir umwandeln in Wohnungsflächen. Damit könnte u.a. der große Bedarf an barrierefreiem Wohnraum gedeckt werden. Eine einfache B-Planänderung wird hier nicht ausreichen. Wir wollen finanzielle Hilfen und Städtebaufördermittel für die Eigentümer beantragen, um diesen Umbau zu bewältigen.</p>
<p>Die Stadt Bad Driburg ist aktiv im Klimaschutz. Seit 2018 haben wir das Thema personell in der Verwaltung verankert und setzen Maßnahmen aus dem gemeinsam mit Handwerksvertretern erarbeiteten Klimaschutzkonzept um. In Bad Driburg gibt es demnach rund 3.300 Wohngebäude mit energetischem Sanierungsbedarf und daraus sich ergebende wirtschaftliche Chancen für das Handwerk. Wir nehmen unsere Vorbildrolle ernst und haben in den vergangenen rund 10 Jahren rund 4,3 Millionen Euro in energetische Baumaßnahmen städtischer Gebäude investiert. Die Ergebnisse einer Untersuchung zur emissionsarmen Dienstmobilität liegen aktuell vor und werden bei der Umsetzung Aufträge für das Handwerk beinhalten.</p>	<p>Von einer mittelstandfreundlichen Politik profitiert die Kommune doppelt: Wir wollen die Marktkennntnis, die hohe Ausbildungskompetenz, die Kooperation zwischen Unternehmen und Politik nutzen, um die Standortentwicklung voranzutreiben. Ein starker Mittelstand bedeutet auch einen soliden Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Die Behebung des Fachkräftemangels kann nur gelingen, wenn Höxter und Bad Driburg als Wohnstandort, als Gastronomie- und als Einkaufsstandort attraktiver werden. Wir brauchen eine stärkere Einbindung der heimischen Unternehmen in Planungs- und Stadtentwicklungsverfahren. Dies gilt für die LGS genauso wie für die Planung des Egge-land-Areals.</p>

Bewerber für das Amt der Bürgermeisterin/Bürgermeister in Bad Driburg



Bei der Rückmeldung der AfD handelt es sich um eine gemeinsame Erklärung von Klaus Meyer, Höxter und Peter Eichenseher, Bad Driburg.

Von den anderen Kandidatinnen/Kandidaten gab es leider keine Rückmeldung zu unserer Anfrage.

Alle Kandidatinnen/Kandidaten in der Übersicht:

Burkhard Deppe (CDU)

burkhard.deppe@t-online.de

Wilk Spieker (Einzelbewerber)

wilk@mail.de

Martina Denkner (Die Grünen)

martina.denkner@gruene-bad-driburg.de

Peter Eichenseher (AfD)

eichenseher@afd-hoexter.de



Hubertus Grimm (Einzelbewerber)

Die finanzielle Schieflage der Kommunen in NRW resultiert insbesondere daraus, dass das Land die Verbundmasse im Gemeindefinanzierungsgesetz vor etlichen Jahren reduziert hat. Dadurch wurde die Abhängigkeit von Steuereinnahmen erhöht. Anstelle unzähliger Förderprogramme wäre es zielführender, die Kommunen durch eine Erhöhung der Verbundmasse auf den alten Stand finanziell unabhängiger zu machen.

Der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen sind durch die Gemeindeordnung strikte Grenzen gesetzt. Daran halten wir uns. Durch eine sehr kleine Anzahl von Mitarbeitern im gewerblichen Bereich (Bauhof/Gebäudeunterhaltung) müssen auch etliche kleine Aufträge an Handwerker extern vergeben werden, was dem örtlichen Handwerk zugutekommt.

Die Stadt Beverungen hat in den letzten Jahren auf signifikante Steuererhöhungen verzichtet und trotz hoher Schulden die Grund- und Gewerbesteuer noch nicht einmal trotz gegenteiliger Empfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt den fiktiven Hebesätzen des Landes NRW angepasst. So lange dieses eben möglich ist, soll auf Steuererhöhungen gerade in diesen für das Gewerbe schwierigen Zeiten verzichtet werden.

Die Stadt Beverungen beschäftigt sich seit geraumer Zeit intensiv mit der Digitalisierung der Verwaltung. Dazu gehören die Einführung der digitalen Akte, der Online-Zugang zu etlichen Dienstleistungen, der Formularabruf und der Zahlungsverkehr online sowie die digitale Rechnungsstellung. Hierdurch sind viele organisatorische Veränderungen notwendig, die jetzt nach und nach umgesetzt werden.

Auf Basis unserer Digitalisierungsstrategie für die Schulen sowie der pädagogischen Konzepte wird die „digitale Schule“ aufgebaut. Schnelle Internetanschlüsse stehen bereits zur Verfügung, die notwendige WLAN-Ausleuchtung ist kurz vor dem Abschluss und die Förderanträge für die Anschaffung digitaler Endgeräte sind gestellt. Die Schulen haben entsprechende Plattformen ausgewählt, auf denen sie mit Schülern, Eltern und Lehrern kommunizieren wollen, so dass bei einem erneuten Lockdown bessere Voraussetzungen vorliegen als das zuletzt der Fall war.

Die notwendigen Investitionen im Hoch- und Tiefbaubereich der kommenden Jahre sollen fortgeführt werden. Zudem gibt es touristische Förderprogramme, die zur Zeit genutzt werden. Beabsichtigt sind zudem Anträge im Bereich der Sportstättenförderung.

Die Stadt Beverungen hat ein integriertes Handlungskonzept auf den Weg gebracht, in dem u.a. Schwerpunkte im Städtebau sowie der Mobilität gesetzt wurden. Dieses gilt es in den nächsten Jahren abzarbeiten.

Die Stadt Beverungen hat in den vergangenen Jahren intensiv bestehende Förderprogramme genutzt, um den kommunalen Gebäudebestand, der auf das unbedingt notwendige Maß reduziert wurde, energetisch zu sanieren. Zudem wurde die Straßenbeleuchtung komplett auf die energiesparende LED-Beleuchtung umgestellt.

Alle Kandidatinnen/Kandidaten in der Übersicht:

Hubertus Grimm (Einzelbewerber)

hubertus.grimm@beverungen.de



Nicolas Aisch (CDU)	Peter Maier (Einzelbewerber)
<p>Neben den fehlenden Gewerbesteuereinnahmen spielt auch der kommunale Finanzausgleich eine entscheidende Rolle bei der Zusammensetzung des städtischen Haushaltes. Hier wurde für die kommenden Jahre schon zurückhaltend kalkuliert. Die tatsächlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie werden sich erst mittelfristig genau beziffern lassen. Ich möchte eine „Spar-Politik“ vermeiden, sondern werde vielmehr eine nachhaltige und generationengerechte Haushaltsführung anstreben.</p>	<p>Diesem stimme ich vollumfänglich zu. Im Falle meiner Wahl werde ich diese Thesen vollumfänglich unterstützen. Eine Ergänzung dieser sehr gut formulierten Thesen ist meiner Meinung nach nicht nötig.</p>
<p>Die Stadt Borgentreich greift bei sehr vielen handwerklichen Leistungen auf die heimischen Betriebe zurück, um diese zu unterstützen. Diese Wertschöpfung innerhalb des Stadt- bzw. Kreisgebietes halte ich für sehr sinnvoll und ich werde diese gern fortsetzen.</p>	<p>Diesem stimme ich vollumfänglich zu. Im Falle meiner Wahl werde ich diese Thesen vollumfänglich unterstützen. Eine Ergänzung dieser sehr gut formulierten Thesen ist meiner Meinung nach nicht nötig.</p>
<p>Diese Aussage unterstütze ich ebenfalls. Die Betriebe müssen gerade in Corona-Zeiten gestützt und nicht weiter belastet werden.</p>	<p>Diesem stimme ich vollumfänglich zu. Im Falle meiner Wahl werde ich diese Thesen vollumfänglich unterstützen. Eine Ergänzung dieser sehr gut formulierten Thesen ist meiner Meinung nach nicht nötig.</p>
<p>Die Umstellung auf digitalisierte Verwaltungsdienstleitungen läuft schon im Hintergrund. Diese Anstrengungen müssen weiter intensiviert werden. Auch interkommunal muss (z.B. in Form von „Shared-Services“) weitergedacht werden.</p>	<p>Diesem stimme ich vollumfänglich zu. Im Falle meiner Wahl werde ich diese Thesen vollumfänglich unterstützen. Eine Ergänzung dieser sehr gut formulierten Thesen ist meiner Meinung nach nicht nötig.</p>
<p>Als Medienberater für die weiterführenden Schulen im Kreis Höxter arbeite ich seit ca. 3 Jahren an diesem Thema. Viele Schulen und Schulträger im gesamten Kreis sind für die Arbeit und Administration einer großen Zahl von Endgeräten gewappnet. Gerade auch durch den Einsatz von Mobile Device Management-Systemen kann diese Aufgabe durch die Schulträger geschultert werden. Der Schulstandort Borgentreich ist durch diese Bemühungen seit einigen Jahren Vorreiter. Dieses zeigt z.B. auch unsere Vorstellung beim der Digitaloffensive NRW! www.youtube.com/watch?v=U9ROIX_L3-0</p>	<p>Diesem stimme ich vollumfänglich zu. Im Falle meiner Wahl werde ich diese Thesen vollumfänglich unterstützen. Eine Ergänzung dieser sehr gut formulierten Thesen ist meiner Meinung nach nicht nötig.</p>
<p>Diesen Punkt unterstütze ich vollends. Gerade jetzt sind intelligente und nachhaltige kommunale Investitionen sehr wichtig. So werde ich den Neubau der 3-fach Mehrzweckhalle im Kernort Borgentreich weiter vorantreiben.</p>	<p>Diesem stimme ich vollumfänglich zu. Im Falle meiner Wahl werde ich diese Thesen vollumfänglich unterstützen. Eine Ergänzung dieser sehr gut formulierten Thesen ist meiner Meinung nach nicht nötig.</p>

Bewerber für das Amt der Bürgermeisterin/Bürgermeister in Borgentreich



Nicolas Aisch (CDU)	Peter Maier (Einzelbewerber)
<p>Das Gewerbegebiet „Am Spiegelberg“ bietet noch ca. 60.000 qm freie Gewerbefläche. Diese gilt es in Zukunft nachhaltig zu vermarkten. Durch meine Ortsrundgänge bin ich schon auf das ÖPNV-Problem im Gewerbegebiet aufmerksam geworden. Hier werde ich versuchen Abhilfe zu schaffen, damit die Azubis mit öffentlichen Verkehrsmitteln „ihre“ Betriebe erreichen können.</p>	<p>Diesem stimme ich vollumfänglich zu. Im Falle meiner Wahl werde ich diese Thesen vollumfänglich unterstützen. Eine Ergänzung dieser sehr gut formulierten Thesen ist meiner Meinung nach nicht nötig.</p>
<p>Die Fassade des Rathauses in Borgentreich wurde mithilfe heimischer Betriebe energetisch saniert. Weitere städtische Gebäude werden folgen. Die Förderung emissionsfreier Mobilität steht bei mir weit oben auf der Agenda. Auch werde ich den Ausbau alternativer Energien fördern. Dies aber immer im Konsens mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Borgentreich.</p>	<p>Diesem stimme ich vollumfänglich zu. Im Falle meiner Wahl werde ich diese Thesen vollumfänglich unterstützen. Eine Ergänzung dieser sehr gut formulierten Thesen ist meiner Meinung nach nicht nötig.</p>

Von Herrn Herbold gab es leider keine Rückmeldung zu unserer Anfrage.

Alle Kandidatinnen/Kandidaten in der alphabetischen Übersicht:

Nicolas Aisch (CDU)

buergermeisterkandidat@nicolas-aisch.de

Hubertus Herbold (SPD)

hhubby@t-online.de

Peter Maier (Einzelbewerber, unterstützt von der FDP)

peter.maier@mein-buergermeister.de



Hermann Temme (CDU)	Christoph Schünemann (Liste „Zukunft“)
<p>Die kommunale Finanzausstattung ist seit Jahren ein stark diskutiertes Problem und sicherlich nicht mit dem Löschen einzelner Brandherde zu lösen, welche über die Jahre immer wieder entstehen. Hier sind Bund und Land gefragt, für eine dauerhaft auskömmliche Grundausrüstung der Kommunalfinanzen zu sorgen, welche den Städten und Gemeinden den nötigen Handlungsspielraum ermöglicht. Ohne grundlegende Anpassungen im umlagebasierten System wird dies nur schwerlich gelingen.</p>	<p>Als Bürgermeister werde ich unser neues Brakeler Finanzkonzept auf den Weg bringen. Hierbei werden wir den Gewerbesteuer-Hebesatz von 418 % auf 250 % senken. Meine Hauptaufgabe liegt dann darin, aktiv neue Unternehmen zur Ansiedlung in Brakel zu gewinnen. Durch die Senkung werden zum einen die vorhandenen (Handwerks-) Betriebe entlastet und haben mehr Liquidität für Investitionen und zum anderen werden neue Unternehmen nach Brakel kommen und wiederum Aufträge ans örtliche Handwerk vergeben. Wie die Stadt Monheim im Rheinland zeigt, wird dies kurzfristig zu deutlich mehr finanziellem Spielraum bei der Stadt führen, was wiederum mehr Aufträge fürs lokale Handwerk bedeutet.</p>
<p>Das Handwerk ist ein wichtiger Wirtschaftssektor, der nicht in Konkurrenz mit kommunalen Aufgaben stehen darf. Die am Markt zugänglichen Leistungen und Produkte sollen auch im Rahmen der Marktwirtschaft in der Privatwirtschaft erbracht werden. Die Kommunen sollten sich auf öffentliche Aufgaben konzentrieren und, sofern dies vergabe-rechtlich möglich ist, Aufträge an regionale und örtliche Anbieter vergeben.</p>	<p>Als Bürgermeister werde ich strikt nach dem Subsidiaritätsprinzip vorgehen! Mein Grundsatz wird sein „Privat vor Öffentlich“. Sinnfreie Beteiligung z. B. an irgendwelchen Energieversorgern wird es mit mir nicht mehr geben. Des Weiteren bin ich davon überzeugt, dass ein Handwerker aus der freien Wirtschaft um vieles effektiver arbeitet als ein angestellter Handwerker bei der Stadt. Aufgrund meiner 25jährigen Selbständigkeit weiß ich, dass im Handwerk ein Wort noch gilt.</p>
<p>Ohne Frage stellen sich die Kommunen der Verpflichtung, den Unternehmen so unbürokratisch als nur möglich unter die Arme zu greifen. Gerade das weiterhin hohe Investitionsniveau stellt eine wichtige Säule zur Stärkung der örtlichen Wirtschaft dar. Allerdings ist auch die finanzielle Belastbarkeit der Kommunen endlich und darf nicht überstrapaziert werden. Grundsätzlich ist die Stadt Brakel in dieser Krisen-Situation aber stets um das Wohl der Bürger und der Unternehmen vor Ort bemüht.</p>	<p>Wie bereits mit der Antwort auf Frage 1 beschrieben wird im Rahmen unseres neuen Brakeler Finanzkonzeptes die Gewerbesteuer von 418 % auf 250 % reduziert. Eine Erhöhung der Grundsteuern ist nicht vorgesehen! Die Gebühren für Wasser und Kanal und Regenwasser werden wir aus den Steuermehreinnahmen „bezuschussen“, so dass hier auch trotz Investitionsstaus sowie Minderverbrauchs und trotz eventuell erfolgreicher Entkalkung keine Gebührenerhöhungen erfolgen werden.</p>
<p>Die Digitalisierung der Verwaltung ist ein wichtiges Zukunftsthema. Die Corona-Krise hat uns Probleme hinsichtlich der Handlungsfähigkeit aufgezeigt und Erfordernisse für unser zukünftiges Verwaltungshandeln vor Augen geführt. Die Stadt Brakel ist aktuell dabei, die eAkte als Grundlage für weitere Verwaltungsprozesse einzuführen. Zugleich wurde kreisweit mit allen Kommunen und dem Kreis Höxter eine interkommunale Digitalisierungsstrategie erarbeitet. Die Digitalisierung der Verwaltung birgt enorme Chancen: Effektivität, Barrierefreiheit, Effizienz, Transparenz, Bürger- und Unternehmensfreundlichkeit sind nur einige Beispiele.</p>	<p>Bevor die Handwerksbetriebe sowie die Bürgerinnen und Bürger die Online-Dienstleistungen der Verwaltung nutzen können, müssen diese erst einmal über ausreichende Geschwindigkeit beim Internet verfügen. Als Bürgermeister werde ich daher zuerst das leidige Thema „SEWIKOM“ abhaken. Wir werden für Brakel einen eigenen Weg wählen und ein komplettes echtes Glasfasernetz initiieren. Die bisherige Lösung über Kreis und GfW hat nicht funktioniert. Aktuell gibt es keinen Tag ohne signifikante Netzausfälle. Fördermittel auch für eine erneute Überplanung sind zum Glück noch vorhanden und müssen nur abgerufen werden. ...</p>



Hermann Temme (CDU)	Christoph Schünemann (Liste „Zukunft“)
<p>Die Digitalisierung der Verwaltung ist ein wichtiges Zukunftsthema. Die Corona-Krise hat uns Probleme hinsichtlich der Handlungsfähigkeit aufgezeigt und Erfordernisse für unser zukünftiges Verwaltungshandeln vor Augen geführt. Die Stadt Brakel ist aktuell dabei, die eAkte als Grundlage für weitere Verwaltungsprozesse einzuführen. Zugleich wurde kreisweit mit allen Kommunen und dem Kreis Höxter eine interkommunale Digitalisierungsstrategie erarbeitet. Die Digitalisierung der Verwaltung birgt enorme Chancen: Effektivität, Barrierefreiheit, Effizienz, Transparenz, Bürger- und Unternehmensfreundlichkeit sind nur einige Beispiele.</p>	<p>... Meiner Überzeugung nach sollte man E-Government nicht neu erfinden und nicht neu entwickeln sondern fertig funktionierend einkaufen!</p>
<p>Gerade die vergangenen Monate, in denen die Schüler zu Hause lernen mussten, haben gezeigt, wie wichtig zukunftsorientierte Investitionen in die Digitalisierung aller Schulformen sind. Für die Brakeler Schulen wurde der Digitalpakt vor wenigen Wochen bewilligt. 611.000 Euro werden zunächst in die städtische Grundschule und die städtische Gesamtschule investiert. Der Medienentwicklungsplan sieht Investitionen von 1,1 Mio. Euro (auf einem Planungszeitraum von fünf Jahren basierend) vor. Die finanziellen Eigenmittel in Höhe von 500.000 Euro wurden vom Rat einstimmig beschlossen. Die technischen Vorleistungen durch Glasfaserhausanschlüsse der Schulen sind bereits erfolgt.</p>	<p>Als Bürgermeister werde ich dafür sorgen, dass wir durch kleinere Auftrags-Lots die langwierigen Ausschreibungsverfahren umgehen und schneller beim Einkauf der notwendigen Hardware werden. Aktuell ist das Equipment bei Lieferung in der Regel schon nicht mehr neuester Stand der Technik. Auch ist es nicht mit einem Glasfaseranschluss in den Schulen getan. Alle benötigen einen schnellen Internet-Zugang zu Hause. Alle Schülerinnen und Schüler sollen durch die Stadt mit Tablets und freiem Datentarif ausgestattet werden. Durch die Mehreinnahmen aus unserem neuen Brakeler Finanzkonzept ist dies auch finanzierbar.</p>
<p>Kommunale Investitionen leisten ohne Frage einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Konjunktur und zur langfristigen Verbesserung der wirtschaftlichen Standortbedingungen. Das „Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept“ ist beispielsweise eine zentrale Grundlage für Zuwendungen aus der Städtebauförderung. Mit Hilfe dieser angebotenen Programme bewältigen wir die stetig komplexer werdenden Herausforderungen an die Stadtentwicklung. Auch der Digitalpakt ist eine Fördermöglichkeit, mit der wir die leistungsfähigen digitalen Infrastrukturen in den Schulen erheblich nach vorne bringen. Auch hier sind wir darauf bedacht, Konjunkturimpulse für die lokale Wirtschaft zu setzen.</p>	<p>Als Bürgermeister werde ich die Investitionstätigkeit sogar weiter ausbauen. Es ist absolut nicht nachvollziehbar, warum aktuell Investitionen gestoppt worden sind. Die Finanzierung der öffentlichen Hand erfolgt gegenwärtig zu 0 %. Ein Neubau wird z B über 60 Jahre abgeschrieben, beginnend ab Fertigstellung. Leider glauben viele in der Brakeler Kommunalpolitik, dass die Investition 1 zu 1 den aktuellen Haushalt belasten würde. Dies ist m. E. Quatsch.</p>



Hermann Temme (CDU)	Christoph Schünemann (Liste „Zukunft“)
<p>Wirtschaftsförderung ist in Brakel ein zentrales Thema und liegt mir besonders am Herzen. Wir pflegen einen regelmäßigen Austausch mit den ortsansässigen Unternehmern und Gewerbetreibenden sowie Immobilieneigentümern und stehen mit kurzen Wegen stets als Ansprechpartner vermittelnd oder beratend zur Verfügung. Ein starker Mittelstand vor Ort ist unsere Basis! Besonders der Einzelhandel ist ein dynamischer Wirtschaftssektor. Für die Innenstadt haben wir daher aktuell ein Quartiersmanagement etabliert. Hier arbeiten, neben einer professionellen Begleitung durch ein Fachbüro, Kommunalpolitik, Verwaltung, Werbering und Innenstadtakteure in einem Lenkungskreis Hand in Hand zusammen.</p>	<p>Brakel möchte ich als geographischen Mittelpunkt des Kreises wieder zu einer Einkaufsstadt machen. Hierzu werde ich sowohl das alte Zentrum „Innenstadt“ als auch das neue Zentrum „ab Sparkasse“ durch gezielte Maßnahmen stärken. Hierzu muss das aktuelle Einzelhandelskonzept umgehend aufgehoben werden. Dieses verhindert die Ansiedlung attraktiver Geschäfte mit Magnetwirkung im Bereich „rund um das ehemalige Nethecenter“. Aktuell ist es leider oft so: Um Dinge zu kaufen, die es in Brakel nicht gibt, fahren die Menschen in die nächstgrößeren Städte (z.B. Paderborn). Dort beschränkt sich dann der Einkauf oft nicht nur auf das, was es in Brakel nicht gibt, sondern es wird alles in „einem Rutsch“ eingekauft. Somit ist wesentliche Kaufkraft für Brakel verloren. Wenn wir zukünftig diese attraktiven Geschäfte in Brakel haben, kann der Einkauf wieder komplett vor Ort bei uns erfolgen. Es kommt sogar zu Kaufkraft Zufluss. Somit profitiert auch die Innenstadt. Gewerbeflächen werde ich auch in den Dörfern zur Verfügung stellen.</p>
<p>Es gibt regelmäßige Austausch- und Informationsangebote zwischen Stadt und Wirtschaft, in denen auch kommunale Mobilitäts- und Klimaschutzangelegenheiten thematisiert werden. Nur nachhaltige Kommunalpolitik kann die örtlichen Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Fachkräftesicherung verbessern. Die Stadt Brakel hat seit 2010 ein Klimaschutzkonzept, welches eine wesentliche Grundlage dieser Nachhaltigkeitspolitik bildet. Beim Thema Mobilität bieten dazu die Mobilstation und der Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur in Brakel ein attraktives Angebot, das vor allem auch zukünftig weiterentwickelt wird.</p>	<p>Als Bürgermeister werde ich den eingeschlagenen Weg der Stadt Brakel im Klima-Schutz-Bereich fortsetzen. Den ÖPNV werde ich kurzfristig ausbauen und kostenlos für alle Brakeler zur Verfügung stellen. Da wir selbst nicht Träger des ÖPNV sind, werden wir zunächst eine Gutschein-Lösung - später eine Brakel APP - einführen. Finanziell ist das Ganze aufgrund der Mehreinnahmen aus unserem neuen Brakeler Finanzkonzept ausfinanziert.</p>

Alle Kandidatinnen/Kandidaten in der Übersicht:

Hermann Temme (CDU)

h.temme@brakel.de

Christoph Schünemann (Wählergemeinschaft „Zukunft für Brakel - Wir für Brakel“ („Liste Zukunft“))

Kontakt über Vorsitzenden: stefan.heilemann@zukunft-brakel.de



Daniel Razat (CDU)	Klaus Meyer (AfD)
<p>Die Situation der Kommunalfinanzen muss dauerhaft verbessert werden. Durch eine steigende Attraktivität unserer Stadt müssen wir es schaffen, dass weiteres Gewerbe angesiedelt wird. Bestehendes Gewerbe muss dabei gepflegt werden. Bereits entschiedene Großprojekte, wie z.B. die Landesgartenschau 2023, müssen dabei als Konjunkturprogramm für unsere heimische Wirtschaft genutzt werden. Wirtschaftskraft ist der Motor der Gesellschaft.</p>	<p>Jede Krise macht die Schwächen und Defizite in den Verwaltungsstrukturen schonungslos deutlich. Mit dem Willen, diese endlich anzugehen und zu verbessern, könnten die Kommunen gestärkt aus der Krise hervorgehen. Was wir in den letzten 6 Monaten an „Corona-Politik“ im Kreis Höxter erleben mussten, lässt uns allerdings zweifeln: bei den heute Verantwortlichen ist weder Wille noch Strategie dafür erkennbar. Schlanke und ressourcenschonende Verwaltungsstrukturen sind die wichtigste Voraussetzung. Wir sind deshalb gegen die Aufblähung des Personalhaushalts. Beispiele: In Bad Driburg die neue Stelle eines Beigeordneten! In Höxter: Klimaschutzbeauftragter. Beides ist überflüssig. Wir wollen neue strukturelle Defizite verhindern. Beispiel: Kurparkfinanzierung.</p>
<p>Im Programm „Höxter 2030“ ist eine klare Leitlinie die „Partnerschaft“ zur Wirtschaft, zu Organisationen und Institutionen, sowie zu gesellschaftlichen Einrichtungen verankert. Gemeinsame Gremien und partnerschaftliche Netzwerke werden dabei helfen, die Meinungen der Wirtschaft und des Handwerks aufzunehmen und gemeinschaftlich den besten Weg zu finden. Die Stadt Höxter und deren angeschlossenen Wirtschaftsbetriebe dürfen nicht in Konkurrenz zu den heimischen Betrieben treten.</p>	<p>Unternehmerische Betätigung können Handwerk und Unternehmen besser. Die Kommunen versuchen es trotzdem immer wieder. Beispiel: Fünf Geschäftsführer und eine geschönte Anfangsbilanz der BESTE-Stadtwerke sind ein beschämendes Zeichen für die Unvernunft der Kommunalpolitiker. Wir wollen deshalb das „BESTE-Millionengrab“ abwickeln und auflösen. Skandalös ist aus unserer Sicht, dass diese Haushaltsrisiken im GPA-Prüfbericht mit keiner Zeile erwähnt werden. Die Veräußerung kommunaler Netze sehen wir kritisch.</p>
<p>Die Stadt Höxter hat die Aufgabe, bereits bestehendes Gewerbe zu pflegen und neues Gewerbe zu fördern. Transparenz schafft dabei Vertrauen. Schnelle und unbürokratische Entscheidungen der Kommune sind dabei ebenso wichtig, wie die Verhinderung weiterer Lasten für die Wirtschaft. Steigende Hebesätze der Gewerbesteuer können durch zusätzliches und florierendes Gewerbe verhindert werden, da so eine weitere Verteilung möglich ist. Die Wirtschaft muss wieder in den Fokus genommen werden.</p>	<p>Weniger Auflagen, mehr Freiräume und möglichst eine Senkung der Abgaben sind unser Ziel. Die Grundsteuerreform ist eine gefährliche „blackbox“, aus der sich die Gemeinden in der Corona-Not bedienen können. Das lehnen wir ab. Ebenso sind wir gegen die Erhöhung der Hebesätze für die Gewerbesteuer .</p>
<p>Die Verwaltung der Stadt Höxter muss sich als Dienstleister gegenüber den Mitbürgerinnen und Mitbürgern sowie der Wirtschaft verstehen. Ein Ausbau von digitalen Möglichkeiten und damit einhergehender Flexibilität ist dabei strikt zu fördern. Ein kommunaler Verwaltungsakt muss transparent und zügig gestaltet werden und darf nicht zur Last werden. ...</p>	<p>Digitalisierung in Bad Driburg und Höxter ist eine einzige Serie von Pleiten, Pech und Pannen. Der „Aushang“ im Rathausschaukasten war bislang das Bekanntmachungsmittel der Verwaltung Höxter. Erst als der Schaukasten im Rathaus für die viele Seiten langen Corona-Auflagen zu klein wurde, hat man auf „digital“ umgestellt. Peinlich! In Bad Driburg schaffte man es nicht, einen einfachen Inklusionsfragebogen (August 2020) digital und datenrechtlich korrekt zu veröffentlichen. ...</p>



Daniel Razat (CDU)	Klaus Meyer (AfD)
<p>... Im Angesicht einer möglichen zweiten Welle in der Corona-Pandemie müssen bereits jetzt Vorkehrungen getroffen und Prozesse etabliert werden, die verhindern, dass die Arbeit der Verwaltung gehemmt wird und darunter Antragssteller o.ä. blockiert werden.</p>	<p>... Die Auflage (10.000 an alle Haushalte verteilt) wird jetzt nachträglich zurückgezogen und eingestampft.</p>
<p>Die Corona-Pandemie hat die Notwendigkeit einer steigenden Bildung in der digitalisierten Welt offenbart. Zum einen muss die notwendige Hardware für die Schülerinnen und Schüler sowie für den Lehrkörper beschafft werden. Zum anderen ist es wichtig, die genannten Gruppen auch an den digitalen Mitteln auszubilden und zu schulen. Die reine Hardwareversorgung reicht hier nicht. Der Schulträger muss dabei die Rahmenbedingungen erfüllen, die aus Sicht der Schulen Voraussetzung sind. Die standortnahe und an den Bedürfnissen der Praxis orientierte Beschulung für Auszubildende ist darüber hinaus wichtiges Ziel.</p>	<p>Höxter und Bad Driburg brauchen eine umfassende Digitalisierungs-Strategie als Querschnittsaufgabe. Dazu gehört nicht nur der Netzausbau mit einem Glasfasernetz, sondern auch ein breit angelegtes Programm für den Wissenstransfer und die Entwicklung von „Knowhow“ in allen Bereichen. Hier gibt es viel zu tun. Für die Schulen ist die Digitalisierung wichtig. Sie ist aber kein Allheilmittel. Denn Motivation und Leistungsbereitschaft schafft man nicht durch digitalequipment, sondern durch Präsenzunterricht und die leistungsfördernde Gruppe. Das gilt auch für die Lehre und die Berufsausbildung!</p>
<p>Bereits genehmigte Projekte sind so durchzuführen, dass die heimische Wirtschaft einbezogen wird. Partnerschaftliche Netzwerke zwischen Stadt und Wirtschaft werden dabei helfen, Potentiale zu identifizieren und zu nutzen. Es ist die Aufgabe der Stadt, in allen Einzelfällen zu prüfen, ob Fördermöglichkeiten vorhanden sind. Eine langfristige Planung unterstützt dabei die effizienten Investitionstätigkeiten der Stadt und fördert die wirtschaftlichen Standortbedingungen.</p>	<p>Der seit 5 Jahrzehnten von den Altparteien geforderte „Bürokratieabbau“ hat bewirkt, dass neue Stellen, neue Beauftragte, zusätzliche Ressorts für den Bürokratieabbau geschaffen wurden. Hier gilt es endlich, einen härteren Schnitt zu machen. Die Städte sollten die Vereinfachung des Vergaberechts nutzen, um Aufträge schneller, einfacher und mittelstandsfreundlicher zu vergeben.</p>
<p>Durch eine ganzheitliche und langfristig angelegte städtebauliche Planung ist der Wirtschaftsstandort zu fördern. Dabei müssen Wohn- und Baumöglichkeiten sowie Gewerbestandorte an den kommenden Trends ausgerichtet werden. Neue Wege, die bereits in anderen Kommunen gegangen werden, sind zu beschreiten. Leerstehende Häuser und Gewerbeeinrichtungen müssen durch die Stadt aufgekauft werden, wenn absehbar keine Folgenutzung zu erwarten ist, um neue Grundstücke zu erhalten. Die Infrastruktur und Mobilität müssen im Einklang mit diesen Trends gestaltet werden.</p>	<p>Leerstand ist der größte Gefahr und das größte Investitionshemmnis in Klein- und Mittelstädten. Alle Versuche den Leerstand zu beenden, haben bei der Fehlplanung und „Bausünde Hellweg“ nicht zum Ziel geführt. Bad Driburg muss im Hellwegzentrum endlich Konsequenzen ziehen und die Strategie ändern: Überkapazitäten an Einzelhandelsflächen wollen wir umwandeln in Wohnflächen. Damit könnte u.a. der große Bedarf an barrierefreiem Wohnraum gedeckt werden. Eine einfache B-Planänderung wird hier nicht ausreichen. Wir wollen finanzielle Hilfen und Städtebaufördermittel für die Eigentümer beantragen, um diesen Umbau zu bewältigen.</p>



Daniel Razat (CDU)	Klaus Meyer (AfD)
<p>Klimaschutz ist ein Thema, was durch nachhaltiges und ökologisches Verhalten der Kommunen behandelt werden muss. Dabei sind die Bildungseinrichtungen und das örtliche Gewerbe miteinander zu beiziehen. Durch Anreize statt Verbote, durch Förderung statt Auflagen, können wir viel für den Umwelt- und Klimaschutz erreichen. Im Dialog ist herauszufinden, wie gerade das Handwerk in Höxter dabei unterstützen kann. Klimapolitik bedeutet auch Zukunftspolitik.</p>	<p>Von einer mittelstandfreundlichen Politik profitiert die Kommune doppelt: Wir wollen die Marktkennntnis, die hohe Ausbildungskompetenz, die Kooperation zwischen Unternehmen und Politik nutzen, um die Standortentwicklung voranzutreiben. Ein starker Mittelstand bedeutet auch einen soliden Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Die Behebung des Fachkräftemangels kann nur gelingen, wenn Höxter und Bad Driburg als Wohnstandort, als Gastronomie- und als Einkaufsstandort attraktiver werden. Wir brauchen eine stärkere Einbindung der heimischen Unternehmen in Planungs- und Stadtentwicklungsverfahren. Dies gilt für die LGS genauso wie für die Planung des Eggeland-Areals.</p>



Daniel Hartmann (Einzelbewerber)	Falk Wennemann (Einzelbewerber)
<p>Richtig, ein verantwortungsvoller Umgang mit den Steuergeldern ist unerlässlich. Dazu gehört für mich nicht nur Ausgaben zu reduzieren, sondern auch Einnahmen zu stärken. Die Bürgerinnen und Bürger und unsere Unternehmen dürfen dabei nicht zusätzlich belastet werden. Ich stehe daher für maßvolle und zielgerichtete Investitionen unter Berücksichtigung der Haushaltslage, wobei wichtige Investitionen sein müssen! Nur eine langfristige und nachhaltige Finanzplanung kann die Grundlage für eine solide Finanzpolitik bilden. Die Balance muss gefunden und beibehalten werden.</p>	<p>Es wird der Focus verstärkt in die Richtung Energiegewinnung, auch unter einbeziehen von Bürgergenossenschaften, gelegt und die kommunale Beteiligungen an der Wasserversorgung und Entwässerung wird verstärkt.</p>
<p>Kommunen müssen keine Autohäuser oder Frisörsalons betreiben – das ist ganz sicher unstrittig. Eine wirtschaftliche Betätigung zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben und politischen Ziele bleibt aber richtig und sinnvoll, wenn sie wirtschaftlicher als auf dem freien Markt erbracht werden kann und damit Steuergelder eingespart werden können.</p>	<p>Siehe Punkt 1.</p>
<p>Richtig, denn als Kommune können wir besonders dort eine Unterstützung leisten, wo die Belastungen der Unternehmen reduziert werden - beispielsweise in dem wir Entgelte und Gebühren stunden und wenn vertretbar, auch drauf verzichten. Wir müssen uns leider darauf einstellen, dass Corona uns noch länger begleitet. Insofern sind wir als Kommune auch weiterhin gefordert, kreative Lösungen zu finden, die einen fairen Ausgleich für alle Akteure sicherstellen. Den Bürokratieabbau halte ich im Übrigen auch unabhängig von der aktuellen Krise für zwingend erforderlich.</p>	<p>Da wir in Höxter bereits vor der Corona-Krise eine der höchsten Hebesätze sowohl bei der Gewerbe als auch bei der Grundsteuer inkl. sukzessiver Erhöhungen beschlossen haben, werde ich genau dem entgegensteuern indem noch in diesem Jahr ein neuer Haushalt vorgelegt wird.</p>
<p>Gerade im Bereich der sogenannten digitalen Verwaltung muss unsere Stadt besser aufgestellt sein. Ich stimme hier voll und ganz zu. Ferner halte ich in diesem Zusammenhang auch die Optimierung der Verwaltungsstrukturen und der Arbeitsabläufe für verbesserungswürdig. Ziel muss es sein, zeitnahe Entscheidungen mit digitaler Unterstützung herbeizuführen. Daraus ergibt sich auch der gewünschte Effekt, die Personalkosten mittel- und langfristig zu reduzieren. Ich stehe für eine schlanke und effiziente Verwaltung.</p>	<p>Eines meiner wichtigsten Ziele ist es die Digitalisierung in der Verwaltung als auch in der Politik mit Priorität durchzusetzen. Eine Bearbeitung eines Antrags jedweder Art muss innerhalb von 4 Werktagen bearbeitet werden.</p>



Daniel Hartmann (Einzelbewerber)	Falk Wennemann (Einzelbewerber)
<p>Richtig, daher muss das Medienentwicklungskonzept der Stadt Höxter zeitnah und mit Nachdruck umgesetzt werden. Die baulichen Voraussetzungen und die dingliche Ausstattung an den Schulen müssen genauso zügig geschaffen werden. Aus diesem Grund fordere ich die Einrichtung eines strukturierten Berichtswesens über die Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen. Darüber hinaus sehe auch aber auch das Land in der Pflicht, Lehrkräfte und Schüler*innen mit Endgeräten auszustatten und Internetzugänge vergünstigt zur Verfügung zu stellen, so dass jede Form von „homeschooling“ möglich wird.</p>	<p>Höxter ist hier bereits auf einem guten Weg. Diesen werde ich konsequent weiterführen und wo es möglich ist beschleunigen.</p>
<p>Die Stadt Höxter plant nach Zustimmung durch den Rat Investitionen von weit über 30 Mio. Euro. Dazu gehört auch die Landesgartenschau 2023. Dieses Konjunkturpaket kommt zur richtigen Zeit und wird seinen Beitrag zur Förderung der Wirtschaft in unserer Region beitragen. Ich stehe daher voll und ganz hinter der Landesgartenschau, denn sie wird auch über das Jahr 2023 hinaus positive Wirkung auf die heimische Wirtschaft haben. Selbstverständlich würde ich eine Vereinfachung des Vergaberecht begrüßen.</p>	<p>Mit der LGS2023 kommt eines der größten Investitionsvolumen der letzten Jahrzehnte auf uns zu. Um in Höxter auch dauerhaft Arbeitsplätze zu schaffen werde ich unsere Stadt im nächsten Jahrzehnt in die Energie-Autonomie führen.</p>
<p>Das Arbeiten im Homeoffice wird eine immer wichtigere Rolle spielen. Die Kosten für Wohnraum in den Ballungszentren steigen zugleich immer weiter an. Auf der Grundlage einer adäquaten infrastrukturellen Ausstattung kann daher auch das Leben auf dem Land attraktiver werden und dem demographischen Wandel in Teilen entgegenwirken. Höxter muss jungen Menschen und Familien ein attraktives Wohnumfeld und Freizeitangebot bieten – und wird so auch als Arbeitsplatz interessant. Neue Baugebiete und die Sanierung von Bestandsimmobilien sind genauso Voraussetzung für eine zukunftsfähige Stadt, wie das Bereithalten von Gewerbegrundstücken. Der Wirtschaftspark Albaxen/Stahle muss ausgeweitet und an die B64 angeschlossen werden. Der Ausbau der B64 muss vorangetrieben werden.</p>	<p>Es wird eine Projektgruppe mit Vertretern aus dem Handwerk, Einzelhandel, Gastronomie und Industrie ins Leben gerufen, um für die Zukunft ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten.</p>



Daniel Hartmann (Einzelbewerber)	Falk Wennemann (Einzelbewerber)
<p>Die Umsetzung der lokalen Mobilitäts- und Klimaschutzkonzepte geht nicht ohne das Handwerk, denn Sie sind die Fachleute! Dennoch bin ich der Meinung, dass alle gesellschaftlichen Akteure in die Konzeption einzubinden sind, denn ohne eine breite Zustimmung wird es keine Nachhaltigkeitsstrategie geben können. Umwelt- und Klimaschutz sind zweifelsohne die Zukunftsthemen schlechthin. Klimaschutz fängt dabei vor der eigenen Haustür an. So muss auch unsere Stadt ihren Beitrag dazu leisten. Die energetische Gebäudesanierung von städtischen Liegenschaften und der Ausbau von erneuerbaren Energien (z.B. Photovoltaik) muss im Rahmen des vorliegenden und weiterzuentwickelnden Klimaschutzkonzepts umgesetzt werden. Wer, wenn nicht das Handwerk, soll daran mitarbeiten? Auch bei der Umsetzung der Landesgartenschau kommt dem Handwerk eine besondere Bedeutung zu.</p>	<p>Wir haben in Höxter bereits 2014 ein Klimaschutzkonzept beschlossen mit dem Ausruf des Klimanotstands 2019 stehen wir in Pflicht das auch konsequent umzusetzen. Der erste Ansprechpartner ist hierfür natürlich das Handwerk!</p>

Bei der Rückmeldung der AfD handelt es sich um eine gemeinsame Erklärung von Klaus Meyer, Höxter und Peter Eichenseher, Bad Driburg.

Von den anderen Kandidatinnen/Kandidaten gab es leider keine Rückmeldung zu unserer Anfrage.

Alle Kandidatinnen/Kandidaten in der alphabetischen Übersicht:

Daniel Razat (CDU)
ja@razat.de

Ralf Dohmann (Bürger für Höxter)
r.dohmann@buerger-fuer-hoexter.de

Klaus Meyer (AfD)
km@afd-hoexter.de

Falk Wennemann (Einzelbewerber)
social@falk-wennemann.de

Alexander Fischer (SPD, tritt aber als Einzelbewerber an)
info@alexander-fischer.de

Daniel Hartmann (Einzelbewerber, unterstützt von der SPD)
kontakt@daniel-hartmann.net



Kai Elmar Schöttler (CDU)	Josef Suermann (Einzelbewerber)
<p>Glücklicherweise ist die finanzielle Situation der Stadt Marienmünster sehr solide und die Abhängigkeit von der Gewerbesteuer aufgrund der Größe der Gemeinde nicht so riesig. Die Auswirkungen der Krise werden wir jedoch in den kommunalen Haushalten im Wesentlichen erst in den nächsten ein bis zwei Jahren zu spüren bekommen. Hier ist mehr denn je eine Haushaltsführung mit Augenmaß gefragt, um die finanziell solide Lage beizubehalten.</p>	<p>Seit Jahren setzen sich die nordrhein-westfälischen kreisangehörigen Städte und Kreise, vertreten durch den Landkreistag und den Städte- und Gemeindebund NRW, für eine der Höhe nach auskömmliche Finanzausstattung und die gerechte interkommunale Verteilung der Steuermittel ein. Neben der Kostenbeteiligung des Bundes an den Soziallasten wird für die Stärkung der kommunalen Finanzen eine Anhebung der Steuerverbundquote gefordert. Was den Verteilschlüssel der Landesmittel angeht, favorisiere ich eine Anhebung der Schlüsselzuweisungen zu Lasten von Zweckzuweisungen, denn vor Ort wissen wir am besten wo uns der Schuh drückt.</p>
<p>Kommunen sollten sich auf ihre wesentlichen (hoheitlichen) Aufgaben konzentrieren. Einen Eingriff in den Wettbewerb sollte es nur in unvermeidbaren Ausnahmefällen geben. Für die Stadt Marienmünster ist eine Ausdehnung der wirtschaftlichen Betätigung in keiner Weise geplant. Abgesehen davon, dass eine wirtschaftliche Betätigung durch die Novellierung des §2b Umsatzsteuergesetz auch steuerliche Probleme mit sich bringt und sich dadurch zeigt, dass eine wirtschaftliche Betätigung gar nicht erwünscht ist.</p>	<p>Die Gemeindeordnung NRW lässt wirtschaftliche Betätigung der Kommunen ohnehin nur zu, wenn der öffentliche Zweck dies erfordert. Das heißt, es darf keine reine Gewinnerzielungsabsicht verfolgt werden, die Privatwirtschaft darf den öffentlichen Zweck nicht effektiver erfüllen können und das Risiko muss begrenzt sein. Das Gesetz fordert zudem als Entscheidungsgrundlage eine Marktanalyse zu den Chancen und Risiken und Handwerk, Industrie und Handel sind über einen Branchendialog einzubeziehen. Schließlich prüft die Aufsichtsbehörde die Einhaltung der o.g. Vorgaben. Wie bisher gilt die gesetzlich vorgeschriebene Nachrangigkeit bei wirtschaftlicher Betätigung der Kommunen, was ich uneingeschränkt befürworte.</p>
<p>Es war immer die Aufgabe der öffentlichen Hand, antizyklisch zu investieren. Dies sollte auch weiterhin gegeben sein und ist sicherlich die beste Förderung der regionalen Wirtschaft. Man sollte, um den Wirtschaftsstandort zu stärken, darüber nachdenken, die Gewerbesteuern auf keinen Fall zu erhöhen, vielleicht sogar zu senken. Die Stadt Monheim am Rhein hat hiermit große Erfolge erzielt. Nur wenn es den Unternehmen gut geht, geht es auch den Kommunen und den Bürgern gut. Mittelstand und Handwerk schaffen und sichern letztlich Arbeitsplätze.</p>	<p>Bei den Steuern, Gebühren und Beiträgen sind die Kommunen weitgehend an gesetzliche Vorgaben gebunden. Wo Gestaltungsspielräume sind, sollten diese genutzt werden, um die regionale Wirtschaft zu entlasten. Auf jedem Fall können die kommunalen Verwaltungen die Unternehmen durch kurze oder digitale Wege und schlanke Verfahren bestmöglich unterstützen und Bürokratie abbauen. Die Wirtschaftsförderung und der Dialog mit den Unternehmen ist für mich Chefsache. Als Bürgermeister werde ich die Bildung eines Ausschusses für Wirtschaftsförderung- und Tourismus initiieren, um die regionale Wirtschaft stärker in den Fokus zu nehmen.</p>



Kai Elmar Schöttler (CDU)	Josef Suermann (Einzelbewerber)
<p>Der technische Fortschritt fördert hier neue Interaktions- und Kommunikationswege. Hier müssen den Bürgerinnen und Bürgern zumindest die Möglichkeiten geboten werden.</p> <p>Der Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern kann hergestellt werden und es sollte möglich sein, die meisten Behördengänge online zu erledigen. Andere Länder gehen hier mit gutem Beispiel voran und zeigen, dass dies möglich ist. Aber auch Deutschland geht hier durch das E-Government-Gesetz voran.</p> <p>Die Behörden untereinander sollten ebenfalls noch mehr elektronisch kommunizieren, da so ein viel schnellerer Austausch gewährleistet ist.</p>	<p>In Marienmünster habe ich bereits vor 4 Jahren in der gesamten Verwaltung die E-Akte eingeführt. Alle Mitarbeiter/innen können jederzeit mobil von zu Hause aus arbeiten. Für die Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen gibt es gesetzliche Vorgaben. Der Kreis und die Städte im Kreis Höxter haben dazu eine gemeinsame Strategie erarbeitet, an der ich beteiligt war. In unserer ländlichen Region hat die Digitalisierung oberste Priorität, um nicht abgehängt zu werden. Erhebliche Investitionen in die Technik und in das erforderliche Personal sind unumgänglich.</p>
<p>Hier sind wir in Marienmünster bereits heute auf einem sehr guten Weg. Die einzig verbliebene Schulform ist die Grundschule, die bereits jetzt sehr gut ausgestattet ist. Es gilt aber selbstverständlich, sich nicht zurückzulehnen, sondern aktiv weiter voranzugehen.</p> <p>Wenn diese Maßnahmen dann noch gefördert werden, gewinnen letztlich alle Beteiligten, in erster Linie die Schülerinnen und Schüler, unsere Zukunft, die Kommunen gewinnen, weil sie einen attraktiven Schulstandort vorweisen können und die Unternehmen gewinnen, weil sie dadurch Aufträge und Folgeaufträge generieren können.</p>	<p>In Marienmünster habe ich als Schulamtsleiter die zur Verfügung gestellten Fördergelder komplett abgerufen. Alle Lehrer*innen und alle Schüler*innen werden mit Tablets ausgestattet und wir setzen passende Software ein, um qualifizierten Unterricht auch zu Hause durchführen zu können. Dies ist nur möglich, weil das Kollegium mit dem Schulleiter an der Spitze motiviert und offen für die digitalen Medien sind und eine hervorragende Zusammenarbeit zwischen Schule und Verwaltung gegeben ist.</p>
<p>Mittelständische Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Die Betriebe in Marienmünster sind so gut aufgestellt, dass sie Krisen bewältigen können. Wie bereits zuvor gesagt, ist es an der öffentlichen Hand, antizyklisch zu investieren. Das Vergaberecht ist äußerst kompliziert, die Kommunen aber selbstredend daran gebunden. Erleichterungen sind hier willkommen und sollten, insbesondere auch im Sinne der lokalen Wirtschaft, genutzt werden. Nachhaltiger ist es zusätzlich, regionale Unternehmen zu beschäftigen, der Qualität schadet dies sicher zuallerletzt.</p>	<p>Die Stadt Marienmünster hat allein in diesem Jahr Fördergelder aus 15 Förderprogrammen in Gesamthöhe von rd. 3,80 Mio € beantragt. Eine enorme Herausforderung für unsere kleine Verwaltung. Die Vereinfachung des Vergaberechts begrüße ich sehr und wünsche mir, dass diese über die Corona-Zeit hinaus bestehen bleibt zumal dadurch die Beteiligung heimischer Firmen erheblich begünstigt wird.</p>

Bewerber für das Amt der Bürgermeisterin/Bürgermeister in Marienmünster



Kai Elmar Schöttler (CDU)	Josef Suermann (Einzelbewerber)
<p>Die Digitalisierung, mittelfristig mit dem Kreis Höxter Glasfaser bis in jedes Haus (FTTB) zu bringen, ist eine wichtige Voraussetzung. Trotz widriger Rahmenbedingungen müssen wir Gewerbeflächen als Perspektive für Unternehmen und auch Bauland insbesondere für junge Familien anbieten.</p> <p>Die angesprochenen Strukturveränderungen können zu einer Renaissance des ländlichen Raumes führen, wenn die Chancen genutzt werden. Muss ich z.B. dank Home Office nur ein- bis zweimal die Woche zur Arbeitsstelle, so nehme ich für ein attraktives Wohnumfeld sicherlich einen längeren Weg in Kauf.</p>	<p>Die Bereitstellung von attraktivem Bauland und die Ausweisung von Gewerbeflächen stehen in meinem Wahlprogramm an erster Stelle, schon alleine um die für Marienmünster ungünstige Bevölkerungsprognose nicht wahr werden zu lassen. Mobilität ist in unserer ländlichen Region zunächst eher ein Thema für junge Leute ohne Führerschein und ältere, die nicht mehr selber fahren können. Es wird an Bedeutung weiter zunehmen. Die Förderung von Elektromobilität und die Errichtung einer Mobilstation auf dem zentralen Omnibusbahnhof sind wir bereits angegangen. Einen wirklichen Durchbruch wird meiner Einschätzung nach das erwartete autonome Fahren bringen.</p>
<p>Der Klimawandel ist allorts spürbar. Gemeinsam kann es uns jedoch gelingen, die Folgen des Klimawandels zumindest abzumildern. Diese Aspekte müssen bei allen zukünftigen kommunalen Entscheidungen Berücksichtigung finden, z.B. bei Baumaßnahmen. Der bloße Ausruf eines „Klimanotstandes“ beispielsweise ist ein Papiertiger, der uns nicht weiterhilft. Konkrete Maßnahmen z.B. zur Energieeinsparung sollten in Zusammenarbeit mit entsprechenden Fachunternehmen kurzfristig durchgeführt werden. Auch hier ist die Stadt Marienmünster sicher schon auf einem guten Weg und hat viele Maßnahmen umgesetzt, es bleibt aber Einiges zu tun.</p>	<p>Ein Klimaschutzkonzept wurde in interkommunaler Zusammenarbeit mit dem Kreis Höxter und zwei weiteren Kommunen 2018 erarbeitet und wird nach und nach umgesetzt. Ein kommunales Mobilitätskonzept kann ich mir ebenso als Gemeinschaftsprojekt mit Nachbarstädten vorstellen. Die Stadt Marienmünster ist auf meine Initiative frühzeitig dem „Zukunftsnetz Nahmobilität“ beigetreten, was dokumentiert, wie wichtig mir dieses Thema ist.</p>

Von Frau Mocker-Schmidt gab es leider keine Rückmeldung zu unserer Anfrage.

Alle Kandidatinnen/Kandidaten in der alphabetischen Übersicht:

Kai Elmar Schöttler (CDU)

kai.schoettler@web.de

Sybille Mocker-Schmidt (SPD)

sybille.mocker@gmx.de

Josef Suermann (Einzelbewerber)

josef.suermann@gmail.com



Rainer Vidal Garcia (Einzelbewerber)

Die Kommunen treten schon lange für eine durch das Land verbesserte Kommunalfinanzierung ein. Das wird auch die Stadt Nieheim im Verbund der Städte im Kreis Höxter weiterhin nachhaltig tun.

Die Stadt Nieheim war immer sehr zurückhaltend bei eigener wirtschaftlicher Betätigung und hat auch deswegen keine Anteile an Energieversorgern erworben. Das wird auch so bleiben.

Auch wenn die Stadt Nieheim schon einmal die Realsteuern erhöht und dadurch die Finanzen der Stadt stabilisiert hat, ist eine erneute Anhebung dieser Steuern absehbar nicht in Sicht.

Die Stadt Nieheim hat sich dem Kommunalen Rechenzentrum (krz) in Lemgo angeschlossen und erhält von diesem starken regionalen IT-Dienstleister umfangreiche Unterstützung bei der Digitalisierung der Verwaltungsprozesse.

Die Schulen der Stadt Nieheim sind bereits gigabitfähig und die direkte Anbindung an das Glasfasernetz ist in Planung. Die dafür bereitstehenden Fördermittel werden genutzt und sind überwiegend abgerufen.

Die Stadt Nieheim führt alle begonnenen Vorhaben (Sanierung Realschule, Umbau Richterhaus, Umgestaltung Richterplatz) mit hohem Zeitdruck weiter durch. Die regionale mittelständische Wirtschaft profitiert unmittelbar.

Das Handwerk und seine Organisationen sind selbstverständliche Partner im Dialog um die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Nieheim. Auch bei der Konzeption des „Nieheim Marketing“ werden die Interessen des Handwerks berücksichtigt.

Bei der Fortschreibung des Klimaschutzkonzepts der Stadt Nieheim, das in Zusammenarbeit mit den Städten Marienmünster und Warburg und dem Kreis Höxter entstanden ist, wird auch das örtliche Handwerk eingebunden.

Von den anderen Kandidatinnen/Kandidaten gab es leider keine Rückmeldung zu unserer Anfrage.

Alle Kandidatinnen/Kandidaten in der alphabetischen Übersicht:

Elmar Kleine (CDU)

kleine@elmar-kleine.de

Jana Katharina Reineke (Einzelbewerber, unterstützt von der SPD)

jkreineke@web.de

Johannes Schlütz (Einzelbewerber)

johannes.schluetz@outlook.de

Rainer Vidal Garcia (Einzelbewerber)

vidal@nieheim.de

Bewerber für das Amt der Bürgermeisterin/Bürgermeister in Steinheim, Warburg und Willebadessen



Von den Kandidatinnen/Kandidaten aus diesen Städten gab es leider keine Rückmeldung zu unserer Anfrage.

Alle Kandidatinnen/Kandidaten in der alphabetischen Übersicht:

Steinheim

Carsten Torke (CDU)
info@carsten-torke.de

Warburg

Tobias Scherf (CDU)
tobischerf@web.de

Eric Volmert (SPD)
eric.volmert@yahoo.de

Tatjana Lütkemeyer (Bürger Union)
burian1994@yahoo.de

Willebadessen

Norbert Hofnagel (CDU)
norbert@hofnagel.com

Mario Schmidt (SPD)
mario.schmidt1@gmx.de